

Beschluss

**der Bezirksdelegiertenkonferenz des SPD-Bezirks Braunschweig
am 20. April 2012 in Osterode**

Damit Niedersachsen gewinnt – Stärker werden, menschlich bleiben

Forderungen und Ziele aus dem SPD-Bezirk Braunschweig
(auch zur Weiterleitung an den Landesparteitag)

Niedersachsen braucht den Wechsel. Seit Jahren herrscht vor allem in den zentralen Politikbereichen Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Umwelt und Soziales Stillstand. Probleme werden ausgesessen, aber nicht angepackt. Innovative Lösungen im Sinne der Bürgerinnen und Bürger werden nicht präsentiert.

Auch in der Kommunalpolitik muss man der jetzigen Landesregierung ein vernichtendes Urteil ausstellen. Sie lässt die Kommunen im Stich, fördert den Mittelstand und das Handwerk nur mangelhaft und vernachlässigt vor allem auch die Region Braunschweig vom Harz bis in die Heide.

Die neue sozialdemokratisch-geführte Landesregierung wird sich verstärkt um unsere Region kümmern. Damit die Interessen der Wirtschaftsregion zwischen Harz und Heide auf Landesebene stärker vertreten werden.

Seit 2003 findet diese Region kaum noch Gehör in Hannover und am Kabinetttisch. Die Landtagsabgeordneten der Regierungsfractionen sind bisher allenfalls als politische Mitläufer, denn als politische Gestalter aufgefallen. Und die Landesregierung selbst versorgt lieber die Regionen ihrer Kabinettsmitglieder, als das sie darauf achtet, dass sich alle Regionen gleichsam positiv entwickeln. Künftig muss die Region zwischen Harz und Heide besser in Hannover vertreten sein.

Niedersachsen – Quo vadis?

Niedersachsen befindet sich mitten in einem tiefgreifenden Strukturwandel – mit großen Chancen und erheblichen Risiken. Die Politik steht dabei vor der Frage, wie kann sie die Chancen fördern und die Risiken minimieren. Die Menschen im Land erwarten zu Recht Antworten und Lösungen von „ihren Politikern“. Die Politik steht dabei auch vor der Herausforderung, vor Ort Probleme lösen, die durch globale Finanz- oder Industriepolitik in China, Indien oder den USA herbeigeführt werden. Und die auch noch von der Europäischen Union und der Bundesrepublik unterstützt werden, da wir uns alle für fairen und freien Welthandel ausgesprochen haben. Die Handlungsspielräume sind eingeschränkt. Umso wichtiger ist es, die noch vorhandenen Möglichkeiten entschieden zu nutzen.

Unser Land besteht aus traditionellen industriellen Regionen wie Südostniedersachsen mit den Global Playern Salzgitter AG und der Volkswagen AG. Aber auch ländlichen Regionen, die vom demographischen Wandel sehr stark betroffen sind wie die Heide und der Harz. Industrieller, technischer, gesellschaftlicher oder aber auch demographischer Wandel lassen sich nicht aufhalten. Wandel bedeutet enorme Chancen und muss dort wo er gesellschaftlich sinnvoll ist gefördert werden und dort wo er den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt bedroht abgeschwächt werden. Niedersachsen und unsere Region müssen den Wandel aktiv begleiten, um die Entwicklungen nicht zu verpassen und am Ende als Verlierer des Wandels da zustehen.

Vier zentrale Entwicklungen prägen diesen Wandel:

- **„Wissensökonomie“:** Unsere Wirtschaft, unsere Arbeitswelt und das Zusammenleben der Menschen verändert sich rasant durch technische Innovationen und wissenschaftlichen Fortschritt.

- **„Global Player Niedersachsen“:** Große Teile unserer Wirtschaft sind im globalen Markt integriert - ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit entscheidet maßgeblich über unseren ökonomischen Erfolg und sozialen Fortschritt.
- **„Älter, weniger, bunter“:** Der demografische Wandel verändert die Bevölkerungsstruktur in den Regionen Niedersachsens grundlegend - mit gravierenden Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.
- **„Klimawandel und Energiewende“:** Der Umbau unserer Energieversorgung erfordert die Entwicklung und den Einsatz neuer Speichertechnologien, den Ausbau der Netze und eine Stärkung kommunaler Energieerzeugung.

In diesem Wandel steckt ein enormes Potenzial für Wachstum und Beschäftigung in Niedersachsen - wenn es gelingt diese Veränderung gemeinsam, rechtzeitig und entschlossen zu gestalten.

Wir schlagen vor, die niedersächsische Wirtschafts-, Arbeits- und Strukturpolitik in vier Projekten zu bündeln:

- **„Qualifiziertes Niedersachsen: Für ein Land der guten Arbeit“:** Es besteht die historische Chance, Vollbeschäftigung zu erreichen, wenn das Land zusammen mit den Sozialpartnern die Weichen in der Arbeits- und Bildungspolitik richtig stellt. Für alle niedersächsischen Wirtschaftssektoren gilt es deshalb, die vorhandenen Bildungs- und Beschäftigungspotenziale besser zu nutzen, den Bedarf an Fachkräften zu sichern und für möglichst gute und faire Arbeitsbedingungen zu sorgen.

Aus Sicht des SPD-Bezirks Braunschweig ergeben sich daraus folgende Forderungen aus der und für die Region:

- Die Fachrichtung Elektromobilität muss mit einem eigenen Lehrstuhl an der TU Braunschweig, der TU Clausthal oder Fachhochschule Ostfalia ausgestattet werden.
- Integrierte Verkehrsprojekte sind in der Region zu fördern.
- Die Hochschulforschung schafft nicht den Brückenschlag zum Mittelstand. Inwieweit diese Diskrepanz aufgelöst werden kann bedarf einer Konkretisierung der Umsetzungsmöglichkeiten.
- Die Förderrichtlinien der N-Bank bezüglich der Fördergeldvergabe und der Abrechnung müssen entbürokratisiert, verschlankt und transparenter werden.
- Zusätzliche Finanzierung der Mittelstandsförderung muss an tarifliche und soziale Standards gebunden werden.
- Ausbildung in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) in der Region verstärken durch Vernetzung zwischen Schulen sowie Hochschulen und Klein- und Mittelständischen Betrieben, zur lebendigen Verbindung von Theorie und Praxis.
- Stärkung der Niedersächsischen Technischen Hochschule sowie des Forschungsflughafens Braunschweig/Wolfsburg.
- Kinderbetreuung muss in der Region auch unter Beteiligung der Unternehmen (beispielsweise durch Betriebskindergärten) stärker ausgebaut und flexibler gestaltet werden, um den Eltern einen ungehinderten Zugang zu Ausbildung und Beruf zu ermöglichen. Dadurch sollte es vor allem auch Frauen verstärkt ermöglicht werden Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.
- Neue Ausbildungsgänge an den Berufsschulen müssen sich an den neuen Technologien orientieren. Zudem brauchen wir eine qualifizierte Berufsausbildung für alle Jugendlichen. Dazu zählt die Begleitung des

Übergangs von der Schule bis zur abgeschlossenen Berufsausbildung für hilfsbedürftige junge Menschen. Dazu sind vorhandene erfolgreiche regionale Konzepte wie die Berufsorientierung und Nachwuchssicherung für gewerblich-technische und naturwissenschaftliche Berufe unter veränderten demografischen Bedingungen (BONA) in Salzgitter und der Region oder die Berufsorientierung in Braunschweig (BOBS) mit einzubeziehen

- Wegen der veränderten demografischen Bedingungen soll das Kompetenzzentrum im Landkreis Peine weiterentwickelt werden, indem hier verstärkt in sozialen Berufen (von der Betreuung in der Krippe bis zur Altenpflege) ausgebildet wird.
- **„Mobilitätsland Niedersachsen“:** Niedersachsen ist *das* Mobilitätsland in Deutschland. Aufgrund seiner zentralen Lage innerhalb Deutschlands und Europas und seiner gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur ist es ein wichtiges Transport- und Transitland. Vor allen aber ist Niedersachsen als Wirtschaftsstandort das Land der Mobilitäts- und Verkehrskompetenz: Im Automobil-, Schiff- und Flugzeugbau.

Aus Sicht des SPD-Bezirks Braunschweig ergeben sich daraus folgende Forderungen aus der und für die Region:

- Ausbau der Region Braunschweig zur Verkehrskompetenzregion, in der Modellprojekte beispielsweise zum Thema Lenkung (intelligente Verkehrsleitsysteme) von Pendlerströmen in Wolfsburg (derzeit 70.000 täglich) initiiert werden und die Verknüpfungspunkte der verschiedenen Verkehrsträger weiter ausgebaut werden.
- Vorrangiger zweispuriger Ausbau der Weddeler Schleife und schnellstmögliche Aufnahme des Projekts in den Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans spätestens ab 2015. Diesbezüglich muss geprüft werden, inwieweit eine frühere Realisierung möglich ist (durch freigewordene Mittel, von inzwischen ausgefallenen Projekten).
- Umsetzung der Regionalbahnplanung 2014+ und schnellstmögliche Weiterentwicklung mit zusätzlichen Haltepunkten nah bei den Menschen und ihren Arbeitsplätzen. Darüber hinaus strebt die SPD im Bezirk Braunschweig die schnellstmögliche Weiterentwicklung des ÖPNV im Großraum Braunschweig an. Das schließt die Vollendung der Arbeiten zur Innstadtdurchführung auf Normalspur ein.
- Der öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) muss auch künftig bedarfsgerecht ausgeweitet werden, für alle Menschen bezahlbar bleiben sowie die Mobilität Jugendlicher und älterer Menschen berücksichtigen und flexibler werden.
- Generelle Überprüfung der Verteilung der Regionalisierungsmittel an LNVG (Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen), GVH (Großraum Verkehr Hannover) und ZGB (Zweckverband Großraum Braunschweig).
- Weiterhin muss die gesamte Schieneninfrastruktur – vor allem vor dem Hintergrund des stark anwachsenden Güterverkehrs und des SPNV (Schienenpersonennahverkehr) in den kommenden Jahren – erhalten und modernisiert werden. Stark frequentierte Strecken sind bedarfsgerecht zu erweitern.
- Vorrangiger Weiterbau der Autobahn A39 von Wolfsburg aus nach Lüneburg und ebenfalls Aufnahme des Projekts in den Vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans ab 2015 oder früher durch inzwischen frei gewordene Mittel.
- Um in den kommenden Jahren mehr Güter über die Wasserstraßen (Kanäle) transportieren zu können, dürfen notwendige Modernisierungen nicht verschoben werden.

- **„Energiewirtschaftsland Niedersachsen“:** Ein starker Wirtschaftsstandort Niedersachsen braucht eine sichere, klimafreundliche und kostengünstige Energieversorgung. Die größere Dezentralität bei der Nutzung Erneuerbarer Energien gewährleistet zusätzlich regionale Wertschöpfung. Niedersachsen muss deshalb Vorreiter sein: Bei Energieeffizienz und in der modernen Energieproduktion. Niedersachsen muss die Chance der Energiewende nutzen, um mit erneuerbaren Energien vom Energieimporteurer zum –exporteur zu werden.
Aus Sicht des SPD-Bezirks Braunschweig ergeben sich daraus folgende Forderungen aus der und für die Region:
 - Die genossenschaftliche Energiewirtschaft bzw. die Kommunalisierung der Energiewirtschaft vorantreiben (dezentrale Energieversorgung als Daseinsvorsorge).
 - Stärkung der Energie- und Rohstoffforschung am Energieforschungszentrum Niedersachsen (EFZN) in Goslar und der TU Clausthal.
 - Der Harz muss als Energieregion stärker entwickelt und gefördert werden (Pumpspeichertechnik, Wasserkraft, Holz und Wind).
 - Unterirdische Raumordnung einführen, um Potenziale zu verorten, aber auch Gefahren für künftige Generationen zu vermeiden.
 - Die SPD im Bezirk Braunschweig fordert von einer niedersächsischen Landesregierung ein klares Bekenntnis zum Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und dessen Standort Salzgitter.
 - Blockheizkraftwerke müssen als ein wichtiges Instrument der dezentralen Energieerzeugung und Energieverteilung gefördert und Standard bei der Ausweisung von Neubaugebieten werden.

- **„Gesundheitsland Niedersachsen“:** Die Gesundheitswirtschaft ist für Niedersachsen ökonomisch wie gesellschaftlich von zentraler Bedeutung. Die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen steigt. Es geht deshalb in Niedersachsen darum, eine moderne Gesundheitsversorgung für die Menschen zu gewährleisten und die enormen Beschäftigungspotenziale in der Gesundheitswirtschaft zu entwickeln.

Aus Sicht des SPD-Bezirks Braunschweig ergeben sich daraus folgende Forderungen aus der und für die Region:

- Die Versorgung des ländlichen Raums mit Haus- und Fachärzten muss durch Anreizsysteme verbessert werden (Einführung eines Harz- und Heide-Stipendiums für Medizinstudierende).
- Gründung einer Pflegefachschule zur Fort- und Weiterbildung von Pflegefachkräften im Harz (Pflegefachschulen in der Region stärker vernetzen und die Strukturen verbessern). Sowie Einrichtung des Fachs Pflege- und Gesundheitsmanagement an einer weiteren Fachhochschule in der Region.
- Stärkung der Sozialwirtschaft zur umfassenden Versorgung des ländlichen Raumes mit Pflegedienstleistungen.
- Vernetzung von Präventionsforschung und Gesundheitstourismus in der Region Braunschweig evtl. als Modellprojekt im Harz.
- Einführung eines Modellprojekts an Kindergärten und Schulen in der Region zum Thema gesundheitspräventionsbezogener Unterricht sowie Prävention an Familienzentren.
- Förderung von Gesundheitsschutz und Prävention am Arbeitsplatz. Unterstützung von Präventionskooperationen von mittelständischen Unternehmen.
- Ausbau des öffentlichen Gesundheitssektors.

Zentrale Forderungen an das Land

In Zeiten knapper Kassen müssen wir politische Schwerpunkte setzen. Von zentraler Bedeutung für das Land Niedersachsen und somit auch zentrale Forderungen des SPD-Bezirks Braunschweig sind dabei:

- Sonderförderung für die strukturschwachen Regionen, die vom Demografischen Wandel besonders betroffen sind wie Heide, Helmstedter Revier, Harz.
- Erhalt der Anteile des Landes Niedersachsen an der Salzgitter AG und Volkswagen AG.
- öffentliche Aufträge und Förderungen von allen Betrieben und Unternehmen in Niedersachsen an Tariftreue und Sozialgesetze (Mitbestimmung, Arbeitszeit usw.) binden.
- Erhalt der Öffentlichen Versicherung in ihrer bisherigen Rechtsform als regionaler Wirtschaftsfaktor.
- Schnellstmögliche Rückholung des Atommülls aus der Asse.
- Neubewertung von Schacht Konrad mindestens mit dem Ziel der Rückholbarkeit der eingelagerten Stoffe im Rahmen des Endlagersuchverfahrens.

Um diese Leitprojekte erfolgreich in Angriff nehmen zu können und die Forderungen umzusetzen, muss sich nicht zuletzt die niedersächsische Landespolitik grundlegend ändern. Sozialdemokratische Landespolitik setzt deshalb auf die folgenden Prinzipien:

- Wir werden die Kräfte der demokratischen Bürgergesellschaft entfalten – durch mehr Teilhabe, Information und Beteiligung.
- Wir setzen auf die Kooperation des Landes mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Kommunen – durch eine konzertierte Aktion für wirtschaftlichen Erfolg, gute Arbeit und fairen Interessenausgleich.
- Wir stärken die Handlungsfähigkeit demokratischer und kommunaler Politik - durch eine Erneuerung der staatlichen Institutionen und eine Finanzpolitik, die konsolidiert, investiert und gestaltet.

Heute liegt Niedersachsen im wirtschaftlichen Mittelfeld der Bundesländer. Ohne eine zupackende Politik droht unser Land weiter zurückzufallen. Doch Niedersachsen kann mehr: Jetzt müssen die richtigen Entscheidungen getroffen werden, damit unser Land auf einen Spitzenplatz kommt. Es geht um eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung, sichere Arbeitsplätze und eine hohe Lebensqualität für die Menschen in unserem Land.